



Resolution

der Kreisverbandkonferenz Nordthüringen

für die Angleichung der Renten Ost an die Renten West!

In den letzten Jahren hat es bzw. zukünftig wird es eine Vielzahl von Maßnahmen gegeben, die zur Verschlechterung der Lebenssituation der Rentnerinnen und Rentner geführt haben bzw. führen werden, so z.B.:

- Einführung eines Altersversorgungsanteiles, Nachhaltigkeits- und Nachholfaktoren
- Eine völlig unzureichende Rentenanpassungen seit 2003 Ost an West
- Vollständige Übernahme des Pflegeversicherungsbeitrages / höhere Beiträge für Kinderlose
- Ständig steigende Krankenversicherungskosten, Einheitsbeitrag von 14,9 % (Beiträge, Zuzahlungen, Sonderbeiträge) und nun noch pauschale Zusatzbeiträge. Verstärkte Zuzahlungen für benötigte Medikamente.
- Anhebung der Altersgrenzen / Abschläge / Verschlechterung bei den Hinterbliebenen-Renten
- Ungerechte Anrechnung von Unfallrenten auf Altersrenten
- Verschärfte Steuergesetzgebung für Rentnerinnen und Rentner

Die Inflation summierte sich von 2003 bis 2009 auf ca. 11 Prozent. Im selben Zeitraum stiegen die Renten um 5,1 Prozent, die Bruttolöhne und -gehälter um ca.7 Prozent.

Wir fordern deshalb die Rückkehr zur 1957 von Konrad Adenauer eingeführten dynamischen Rentenanpassung, die sich ausschließlich an der Entwicklung der Löhne und Gehälter orientiert. Rentendämpfende Faktoren müssen wieder rückgängig gemacht werden.

Im Einigungsvertrag ist 1990 eine schrittweise Angleichung der Rentenwerte in Ost- und Westdeutschland verankert. Der aRW Ost liegt zur Zeit bei 88 Prozent des aRW West, so dass die Rentnerinnen und Rentner in den neuen Länder besonders benachteiligt sind. Bei den derzeitigen Anpassungsmechanismen ist frühestens 2030 mit einer vollständigen Angleichung der Rentenwerte in Ost- und Westdeutschland zu rechnen.

Zwanzig Jahre nach der Deutschen Einheit brauchen die Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland eine klare Perspektive für eine Rentenangleichung mit einem exakten Zeitplan. Wir fordern eine stufenweise Anhebung des aRW Ost auf aRW West bis spätestens 2013.

Die Delegierten
der Kreisverbandskonferenz Nordthüringen
Bad Frankenhausen, 15. Februar 2010

